



Haushaltsrede 2020 Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die Kommunalwahlen stehen vor der Tür. Das merkt man dem Haushalt an. Eine ungewohnte Großzügigkeit zieht sich durch den gesamten Plan. Sie zeigt sich sowohl im Investivbereich, als auch bei den konsumtiven Mitteln. Gebetsmühlenartig wurde uns bislang beigebracht, dass im Ergebnisplan gespart werden müsse. Das alles überragende Ziel war, dass der Plan ausgeglichen sein muss. Wir Grüne haben häufig erfahren müssen, dass es fast schon frevelhaft sei, Mehrausgaben einzufordern – wenn denn keine Gegenfinanzierung vorgeschlagen wurde, also keine Einsparungen an anderer Stelle erzielt werden. Und das auch bei Beträgen von weniger als 1000 €. Sparsamkeit vor allem dort, wo wir Grüne uns mehr Engagement gewünscht hätten.

Wie war das noch im Jahr 2015, als unser Bürgermeister seinen ersten Haushaltsplan vorgestellt hat: Auch damals gab es seitens der Verwaltung ein breit gefächertes Angebot an Ausgabevorschlägen, eben auch einen großzügigen Haushalt. Gefordert war die Politik bei der Frage, was aufgegriffen werden sollte und was warten kann. Was haben CDU und FDP den Bürgermeister gescholten für diese Herangehensweise. Man verweigerte sich sogar einer Abstimmung und setzte gar eine Verschiebung der Beratungskette durch, so dass die haushaltslose Zeit, in der der Kommune die Hände gebunden sind, sich verlängerte. Sicherlich stand es damals nicht so gut um die Finanzen der Stadt, wie heute, dennoch war das seinerzeitige Vorgehen eher eine erzieherische Maßnahme, als denn ein legitimes Vorgehen im Rahmen geordneter Haushaltsberatungen. Na ja, es galt wohl den Neuen ganz zu Anfang seiner Amtszeit „in die Spur zu bringen“. Was nach unserer Wahrnehmung im Großen und Ganzen gelungen zu sein scheint.

Denn: Im Haushaltsplan 2020 ist alles anders. Eine traute Einigkeit der CDU, FDP- und SPD-Fraktionen mit dem Bürgermeister darin, das Geld mit dem Füllhorn auszuschütten, ohne eine ernsthafte Prioritätensetzung oder den Willen auf Aufwendungen und auf Investitionen zu verzichten oder sie auch nur aufzuschieben.

Die Strategie ist offensichtlich: In einem Wahljahr will man möglichst viele Geschenke verteilen und möglichst alle Wünsche aus unterschiedlichsten Ecken erfüllen. Es sind viele sinnvolle oder gar nötige Ausgabepositionen dabei, sie alle gleichzeitig bedienen zu wollen ist unseres Erachtens auch in fast zinslosen Zeiten fahrlässig. Denn, was sind die Folgen der Großzügigkeit?

- Im Ergebnisplan: Eine Unterdeckung im ersten Entwurf der Verwaltung von ca. 322.000 € und nach aktuellem Stand fehlen uns sogar fast 630.000 €. Das ist keineswegs nur etwas mehr, wie Herr Herbst in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sagte, das ist fast das Doppelte! Zu den häufig vermeidbaren Gründen komme ich gleich.
- Im Investivbereich: Steigende Investitionen führen nicht nur zu einem wünschenswerten Vermögenszuwachs, sie belasten uns mindestens durch den dadurch bedingten Anstieg der Abschreibungen, für die wir im kommenden Jahr fast 3,6 Mio. € aufwenden müssen. Weil die Investitionen eben nicht aus eigener Kraft zu stemmen sind, sind Kredite in Höhe von 4,7 Mio. € vorgesehen, deren Zinslast trotz der Niedrigzinsphase unsere Zukunft belasten: Die Zinslast steigt bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums auf ca. 230.000 € im Jahr. Wir hoffen, dass während der Laufzeit der Darlehen keine neue Zinsfestschreibung nötig wird. Schnell könnten sonst gestiegene Zinsen unsere Finanzplanung durcheinanderbringen. Wenn wir es dann noch ernst nehmen und entsprechend der Abschreibungszeiträume die nötigen Instandsetzungen

und Erneuerungen vornehmen, begleiten uns die höheren Vermögenswerte als finanzielle Belastung auf Dauer. Schon jetzt machen sich erhöhte Aufwendungen für die Instandhaltung und Bewirtschaftung des unbeweglichen Vermögens bemerkbar. Wir sollten uns deshalb gut überlegen, welchen Vermögenszuwachs wir brauchen. Denn: Eigentum verpflichtet. Ganz zu schweigen davon, dass die umfangreichen zeitgleichen Investitionsplanungen und -durchführungen personelle Kapazitäten binden, die auch zu einer neuen Ingenieurstelle im Baubereich führen und auch an dieser Stelle den Ergebnisplan belasten.

Wir befürchten zudem, dass die Vielfalt und der zeitgleich anfallende Aufwand die Verwaltung trotz zusätzlich geschaffener Stellen überlastet und aufgrund fehlender Priorisierung wirklich wichtige Projekte leiden. Z.B. sind Maßnahmen aus dem Schulentwicklungsplan überhaupt noch nicht angesprochen, geschweige denn in Angriff genommen worden und die OGS-Erweiterung in Drensteinfurt hinkt hinterher.

Meine Damen und Herren,

Wir Grüne haben genauer hingeschaut wo das Geld, das wir als freie Verfügungsmasse verteilen können, bleibt. Folgende kritische Themenfelder haben wir ausgemacht, zu vielen von ihnen haben wir Anträge gestellt:

- Für den Teilneubau eines Verwaltungsgebäudes werden 250.000 € eingestellt. Unser Antrag, die Ausgaben in das Folgejahr zu verschieben, wurde abgelehnt. Dabei spricht auch die Tatsache, dass sich das Volumen eines Ergänzungsbaus noch reduzieren könnte, so der Bürgermeister in seiner Einbringungsrede, für eine Verschiebung, bis denn die endgültigen Raumbedarfe klar sind.
- Für die Alte Post sollen für 30.000 € neue Tische gekauft werden – weil die vorhandenen zu schwer sind. Wir halten diese Ausgabe für unsinnig, nicht nur weil sie erfolgen soll, bevor über die künftige Nutzung der Alten Post entschieden wurde. Auch hier konnten wir uns mit dem Wunsch nach einer Verschiebung nicht durchsetzen.
- Die Erneuerung der Teppichböden in der Alten Post soll zusammen mit andern kleineren Maßnahmen 71.000 € kosten. Auch hier ist eine Verschiebung aus den gleichen Gründen angesagt. Aber auch hier: Ablehnung unseres Antrages.
- Der Kita-Bau in Walstedde wird mit 2,4 Mio. € taxiert. Damit wird die Kita schon jetzt 500.000 € teurer als anfänglich geplant, immerhin eine Kostensteigerung um ungefähr ein Viertel, und das schon in diesem frühen Stadium. Unsere vorgeschlagene Kostenbremse, es bei einer 3-Gruppeneinrichtung ohne Aufstockungsoption zu belassen, wurde abgelehnt. Dabei hätte eine entsprechende Überplanung auch noch zu einer Optimierung der Nutzungsmöglichkeiten geführt.
- Für Beregnungsanlagen der Sportplätze in Walstedde und Drensteinfurt sollen 85.000 € ausgegeben werden. Auch, wenn Beregnungsanlagen in der Sache sinnvoll sein mögen und eine Entlastung der ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen zur Folge haben, wäre eine Verschiebung der Anschaffung auf einen späteren Zeitpunkt zu wünschen gewesen. Aber unser Antrag zu diesem Punkt wurde auch abgelehnt.
- Für die Erstellung eines Hotelentwicklungsplanes sollen 15.000 € ausgegeben werden. Wir sind der Meinung, dass unabhängig von dem Ergebnis die Chancen für die Ansiedlung von Gastronomie nicht steigen. Interessierte Investoren machen sich selbst auf den Weg und prüfen, welche Chancen ein finanzielles Engagement haben könnte. Sie werden dem Ergebnis einer solchen Studie kaum Glauben schenken. Unserem Vorschlag, auf diese Maßnahme zu verzichten, wurde nicht gefolgt.
- Der Schulhof der Teamschule soll neu überplant werden. Dafür sollen 20.000 € aufgewandt werden. Wir halten es für möglich, dass weite Teile einer passgenauen Planung durch intensive Einbeziehung der Schüler- und der Elternschaft sowie des Kollegiums erfolgversprechender wären und die umzusetzende Maßnahme von allen Beteiligten besser akzeptiert würde. Unser Vorschlag, auf eine kostenträchtige Überplanung zu verzichten, wurde abgelehnt. Um die Teamschule erfolgreicher zu machen halten wir hingegen ein stärkeres Engagement der Stadt als Schulträger für zielführender, als eine Schulhofneugestaltung. Wir dürfen uns nicht darauf ausruhen, dass der Fortbestand der

Teamschule aufgrund geänderter Bedingungen mit einer Zweizügigkeit gesichert ist. Es geht darum das gute Profil der Schule bekannter und interessanter zu machen, um der Schule eine bessere Chance im Wettbewerb zu geben.

- Unglaublich sind nach unserer Auffassung die Summen, die innerhalb eines Jahres in die Sportförderung fließen sollen. So wichtig, wie der Sport für die Gesellschaft ist, sei es als den Gemeinschaftssinn förderndes Instrument oder aber zur Gesundheitsvorsorge: Bei der Planung und Umsetzung der vielfältigen Instandhaltungsmaßnahmen für die Sportaußenanlagen hätte planvoller und strukturierter vorgegangen werden müssen. So aber ergibt sich eine Summe, die mit ca. 118.000 € fast fünfmal so hoch ist, wie im laufenden Jahr. Der Politik hätte eine Prioritätenliste vorgelegt werden müssen. Das überfallartige Vorgehen der Verwaltung ist hingegen nicht hilfreich gewesen. Es kann nicht sein, dass der jetzt festgestellte Handlungsbedarf plötzlich aufgetreten ist.

Meine Damen und Herren,

bei einem so freigiebigen Ausgabeverhalten ist die ewige Kritik an den steigenden Umlagekosten, insbesondere der Kreis- und der Jugendamtsumlage, unglaublich. Auch nicht nachvollziehen kann ich vor diesem Hintergrund, dass die Großzügigkeit bei der Beschaffung und Unterhaltung des beweglichen Vermögens bei den Übergangsheimen in einer offensichtlich finanziell sorglosen Zeit aufhört. Für die Unterhaltung der Ausstattung der Übergangsheime waren im laufenden Jahr 50.000 € vorgesehen. Der beabsichtigten Kürzung dieser Position auf nur noch 30.000 € wollten wir mit unserem Antrag, den Ansatz wieder in Höhe des laufenden Jahres festzusetzen, entgegenreten. Mit Blick darauf, dass die Mittel im laufenden Jahr nicht vollständig abgerufen worden sind, wurde ein Kompromiss geschlossen. Es soll zunächst abgewartet werden, welche Bedarfe sich im Laufe des Jahres zeigen. Werden mehr, als die veranschlagten 30.000 € benötigt, kann, so die Begründung, der Fachausschuss im Einzelfall überplanmäßige Mittel beschließen. Es ist unbefriedigend und meines Erachtens nicht haltbar, dass hier eine evtl. nur geringfügige Aufwendung im Einzelfall gerechtfertigt werden muss, während auf der anderen Seite z.B. 30.000 € ohne Not für neue Tische in der Alten Post ausgegeben werden. Wo ist da die Gerechtigkeit? Darüber hinaus reicht mir der Hinweis der Verwaltung nicht aus, dass die Mittel nicht ausgeschöpft worden sind. Ich gehe stark davon aus, dass bei genauerem Hinsehen und ernsthafter Überprüfung der Standards einiges gefunden worden wäre, was hätte verbessert werden können.

Hingegen freuen wir uns natürlich, dass unser Antrag auf Erhöhung des städtischen Zuschusses für Ferienfreizeiten im Rahmen der Jugendarbeit um 3.500 € auf 17.000 € angenommen wurde.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Auch für uns machen einige Mehraufwendungen Sinn, so dass wir sie gerne mittragen. Nur beispielhaft seien hier Mittel für den Betrieb und die Unterhaltung der Schulinfrastruktur sowie der KITAS, und - zumindest dem Grunde nach - zukunftsweisende Investitionen für diese Zwecke, genannt.

Auch die neue Förderung der Vereinstätigkeiten unterstützen wir ausdrücklich. Befremdlich nur, dass die hierfür nötigen Finanzmittel schon im Haushalt stehen, obwohl die erforderlichen Richtlinien noch nicht geändert sind. Das Verfahren der Einführung der verbesserten Vereinsförderung ist deshalb alles andere als transparent. Nicht einmal in der Einbringungsrede oder in den betroffenen Fachausschüssen wurde das Thema von der Verwaltung initiativ angesprochen. Unser Antrag erst machte die unbefriedigende Vorgehensweise offen. Wie gesagt: Eine Modernisierung der Vereinsförderung mit dem Ziel die ehrenamtliche Arbeit in den Vereinen transparenter und fairer zu belohnen und dabei auch eine Investitionsförderung vorzusehen, war überfällig. Unser jahrelanges Drängen führte insofern zum Erfolg. Jetzt warten wir darauf, dass die neue Förderrichtlinie den Ratsgremien vorgelegt wird, damit über die durch den Haushalt bereits vorweggenommenen Verbesserungen öffentlich diskutiert und entschieden werden kann.

Meine Damen und Herren,

auch dieser Haushalt wird wieder maßgeblich getragen durch das Bodenmanagement: Es werden in 2020 über 2 Mio.€ an Erlösen aus dem Verkauf von Baugrundstücken erwartet, um weiterhin im großen Umfang zu wachsen. Eine ungebrochene Entwicklung, die wir auch in diesem Jahr kritisieren. Nicht nur die ökologischen Folgen einer galoppierenden Flächenversiegelung machen uns Sorgen, auch

bestreiten wir weiterhin, dass die Strategie des Wachsens sich wirtschaftlich rechnet. Zum wiederholten Mal verweise ich auf den Saldo aus Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit hin, der über den gesamten abgebildeten Zeitraum von 2018 bis 2023 negativ abschließt. Das bedeutet, dass die Auszahlungen deutlich die Einzahlungen übersteigen, in 2020 um 4,8 Mio. €. Das zeigt: Wachstum ist teuer, wenn man die Folgekosten, z.B. für eine hochwertige Infrastruktur mit einplant. Allein für Baumaßnahmen geben wir im kommenden Jahr 11,5 Mio. € aus – mit den oben aufgezeigten finanziellen „Nebenwirkungen“.

Trotz unserer bekannten kritischen Haltung zum Expansionsdrang verweigern wir nicht eine konstruktiv-kritische Mitarbeit an einer möglichst nachhaltigen Umsetzung der verschiedenen Projekte. Markantestes Beispiel ist wohl das Plangebiet Mondscheinweg. Auch, wenn es dort keine Klimaschutzsiedlung geben wird, haben wir uns kreativ für eine möglichst umweltverträgliche Umsetzung des Projektes eingesetzt, indem wir dem Klimaschutzkonzept und dem Themenfeld Regenwasserbewirtschaftung und Starkregenvorsorge zugestimmt haben. Auch haben wir uns maßgeblich an einer Lösung für die Verkehrsführung und -regelung beteiligt.

Aber auch das neue Baugebiet Blumenstraße haben wir im Blick, wenn es darum geht, die Auswirkungen der neuen Wohnsituation auf die Bestandsbebauung verträglich zu gestalten. Unserem Antrag auf eine Machbarkeitsstudie für einen Kreisverkehr an der Kreuzung Ahlener Weg/Blumenstraße/Im Grünen Grund und im zweiten Schritt auf Mittel für eine Realisierung des Kreisverkehrs an dieser Stelle wurde zugestimmt. Wir hoffen, dass damit eine akzeptable Integration des Plangebietes Blumenstraße in die Bestandsumgebung erreicht werden kann.

Nicht zuletzt setzen wir uns für eine gelungene und die Nachbarschaftsinteressen möglichst weitreichend berücksichtigende Gestaltung des Dreingauquartiers nördlich des Eickendorfer Wegs ein. Herr Bürgermeister,

in Ihrer Einbringungsrede wiesen Sie auf einen wesentlichen Schwerpunkt des Haushaltes hin: den Klimaschutz. Wir stützen ausdrücklich die in diesem Zusammenhang ergriffenen Maßnahmen.

- Zu allererst natürlich die Einstellung einer Klimaschutzmanagerin bzw. eines Klimamanagers. Wir gehen davon aus, dass die Stelle unbefristet besetzt werden soll. Die Aufgabe muss eine Querschnittsaufgabe sein, das heißt, in alle Fachbereiche wirken. Über die Stelle müssen Klimaschutzanliegen bei allen Verfahren eingebracht werden und die StelleninhaberIn/der Stelleninhaber mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet werden. Einen Wermutstropfen hat die Sache: Die neue Stelle ist nur für wenige Jahre zusätzlich. Denn nach dem altersbedingten Ausscheiden eines Mitarbeiters aus dem Fachbereich fällt dessen Stelle ersatzlos weg.
- Wir freuen uns, dass das Klimaschutzmanagement mit einem guten Einstiegsbudget ausgestattet wird, nachdem auf unseren Antrag hin die Mittel für Aktionen des Umwelt- und Klimaschutzes um 4.500 € auf 10.000 € angehoben wurden. Wenn auch die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes erste und zentrale Aufgabe des Klimamanagements sein wird, wird so eine Möglichkeit geschaffen, dass die StelleninhaberIn bzw. der Stelleninhaber kreativ tätig werden kann.
- Das Ziel, Fahrradstraßen im Ort zu schaffen, halten wir für sehr sinnvoll. Dazu gleich noch mehr.
- Gut finden wir auch, dass je 10.000 € für die Beschaffung zweier Lastenräder durch die Verwaltung und zur Förderung des Kaufs von Lastenrädern durch die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung gestellt werden.
- Auch die Machbarkeitsstudie zur Realisierung einer klimaneutralen Energieversorgung unterstützen wir.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wir freuen uns, wie vorhin schon gesagt, dass das neue Baugebiet Mondscheinweg nicht nur einen höheren Anteil an Mehrfamilienhäusern haben wird, sondern insbesondere, dass erstmals der Gedanke des Klimaschutzes in Bauleitverfahren und in der Ausgestaltung eines gesamten Plangebietes aufgegriffen wird und insofern vielfältige ökologische Standards Einzug erhalten, die den Nachhaltigkeitsgesichtspunkt endlich auch in der Baulandentwicklung stärker in den Vordergrund

rücken. Wenn denn die Ausrufung des Klimanotstandes Auslöser oder Beschleuniger dieser Entwicklung war, ist sie mehr, liebe CDU, als Symbolpolitik. Mit uns Grünen wäre Ähnliches bereits sehr viel früher möglich gewesen.

Letztlich wirkt diese endlich mehrheitsfähige Richtungsentscheidung zusammen mit dem Einstieg in Investitionen und Aufwendungen für den Klimaschutz so stark, dass wir ihretwegen dem Haushaltsplan für das Jahr 2020 - mindestens mehrheitlich - zustimmen.

Unsere Fraktion trägt den vorliegenden Haushaltsplan für das kommende Jahr zwar mit, wir haben aber Bauchschmerzen, wenn wir den Blick in die Zukunft richten. Wir Grüne glauben nicht, dass wir mit der grundsätzlichen Ausrichtung der Haushaltsplanung in der bisherigen Form für die Zukunft gut gerüstet sind. Im Haushalt werden zwar wichtige Themen, wie die Weiterentwicklung der Schullandschaft und der Kitas ebenso aufgegriffen, wie die Herausforderungen der Digitalisierung, um nur einige Beispiele zu nennen. Das reicht u.E. aber nicht, um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können. Hierzu muss unseres Erachtens mehr passieren als das, was im neuen Haushalt angestoßen wird. Die Summe der geplanten Maßnahmen für den Klimaschutz macht noch kein schlüssiges Konzept aus. Wir vermissen eine Nachhaltigkeitsstrategie, die fachbereichsübergreifend und ganzheitlich dem Klimawandel durch zukunftsweisende Maßnahmenpakete entgegenwirkt, in der ressourcenschonende Alternativen erarbeitet werden und unter Berücksichtigung dieser Prämissen die Stärken Drensteinfurts ausspielt.

Einige Beispiele:

- Ressourcenschonung spielt bislang bei Neuanschaffungen nur eine untergeordnete Rolle, sowohl bei der Produktauswahl (Langlebigkeit, Material), als auch bei Beschaffungsintervallen. Beispielhaft sei auf den IT-Bereich verwiesen, wo die Kurzlebigkeit der Hardware augenfällig ist, und auf die Anschaffung neuer Tische für die Alte Post.
- Eine Abkehr vom Expansionsdrang ist erforderlich, das Stützen des Haushalts auf Einnahmen aus Grundstücksverkäufen ist fahrlässig. Was kommt danach? Ein Umbau der Einnahmebeschaffung ist nötig. Hier kann mehr getan werden, z.B. durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit und eine stärkere Unterstützung der Werseenergie Drensteinfurt.
- Das Ziel muss sein, in absehbarer Zeit zur klimaneutralen Kommune zu werden. Münster, wo aktuell ein entsprechender Ratsbeschluss gefasst wurde, ist hier ein gutes Beispiel.
- Der ÖPNV muss gestärkt werden. Eine städteübergreifende Zusammenarbeit in der Region muss intensiviert werden. Nicht nur zu diesem Thema macht eine Kooperation mit Nachbargemeinden Sinn. Zukunftsbezogen sind wir in der Region nur zusammen stark. Drensteinfurt könnte mit innovativen Ideen beispielgebend sein.
- Der Neugestaltung des Marktplatzes muss noch ein Verkehrskonzept folgen. Wir setzen noch immer auf eine autofreie Innenstadt. Der PKW-Verkehr muss zurückgedrängt werden, nicht nur wegen der Lärmbelästigung.
- Durch die flächenmäßige Ausdehnung der besiedelten Bereiche wird eine Vernetzung der einzelnen Quartiere untereinander und deren Anbindung an das Zentrum immer wichtiger – nicht für den motorisierten Individualverkehr, sondern für Fußgänger und Radfahrer, denen Vorrang gegenüber dem Motorverkehr eingeräumt werden muss. Wir fordern schon seit langem die Bildung entsprechender Verkehrsachsen.
- Ein Portfolio mit unterschiedlichsten örtlichen Maßnahmen mit ökologischem Nutzen würde nicht nur dem Naturschutz dienen, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. Wir hoffen, dass unser Antrag auf Pflanzung von 20.000 Bäumen und die Auslobung von Prämien für die Schaffung von Erstaufforstungsflächen ernsthaft geprüft wird. Zukünftig muss die Verwaltung bzw. das Klimaschutzmanagement eigene Ideen und Projekte dazu konzeptionell entwickeln.

Zusammengefasst halten wir eine Umsteuerung des politischen Handelns, in der Folge auch der Haushaltsplanung und des Einsatzes der Finanzmittel im beschriebenen Sinn für unabdingbar und erwarten den Einstieg in eine solche Strategie.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Auch diesmal möchte ich nicht schließen, ohne den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, besonders aber Herrn Britten, Herrn Herbst und Herrn Schwering, für die Vorbereitung und Zusammenstellung der Haushaltsdaten bzw. für die freundliche, praxisnahe und sehr verständliche Erläuterung des Haushaltsplanentwurfs in unserer Fraktion.

Und Ihnen, meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.